

Finanzkrise versus Umweltschutz?

1. Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. den Anteil der Akteure in den Volkswirtschaften an den CO₂-Emissionen kennen lernen.
2. erfassen, weshalb die Durchsetzung umfänglicher Umweltschutzvorgaben im Rahmen des Weltklimagipfels derzeit schwierig ist.
3. erkennen, dass wirtschafts- und umweltpolitische Zielsetzungen miteinander in Konflikt geraten können.

2. Aufgaben

1. *Beschreiben Sie auf der Basis der angehängten Grafik die Verteilung der CO₂-Emissionen auf die Akteure der Volkswirtschaften. Legen Sie dar, welche Entwicklungen in diesem Zusammenhang zu beobachten sind.*
2. *Erläutern Sie die derzeit auf internationaler Ebene diskutierten Vorschläge im Hinblick auf die Verstärkung des Umwelt- und Klimaschutzes. Benennen Sie die wesentlichen Gründe dafür, dass bislang umfassende Beschlüsse in diesem Zusammenhang nicht realisiert werden konnten.*
3. *Ermitteln Sie die Zielsetzungen sowie die Vorgehensweise des Weltklimagipfels. Legen Sie dar, wie dieser zusammengesetzt ist und welche Bedeutung er im internationalen politischen Kontext hat.*
4. *Erörtern Sie, warum sich vor dem Hintergrund der Finanzkrise umweltpolitische Ziele offensichtlich schwer realisieren lassen. Legen Sie dar, wer diese Meinung stützt bzw. ihr widerspricht.*
5. *Verdeutlichen Sie, inwieweit im vorliegenden Fall politische Zielkonflikte zu konstatieren sind. Setzen Sie sich in diesem Zusammenhang mit der Frage auseinander, welche Folgen im vorliegenden Fall jeweils aus einer einseitigen politischen Entscheidung resultieren könnten.*

Finanzkrise versus Umweltschutz?

Die wirtschaftlichen Probleme rund um den Globus überschatten den Weltklimagipfel in Posen

Hans-Joachim Schellnhuber sieht schwarz für das Klima: Die Finanzkrise und die daraus resultierenden Probleme der Realwirtschaft würden „wie eine spanische Wand vor unsere Wahrnehmung gestellt“, klagt der Klimaberater der Bundeskanzlerin. „Und wenn wir dann in zehn Jahren glauben, wieder Geld für den Klimaschutz übrig zu haben, stehen wir vor einer dramatischen Situation“, befürchtet Schellnhuber, zugleich Chef des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Schellnhuber bringt damit treffend die Befürchtung zum Ausdruck, die die heute beginnende Weltklimakonferenz im polnischen Posen überschattet: Der Klimaschutz könnte der Finanzkrise zum Opfer fallen.

In Posen sollen die Teilnehmer die vor einem Jahr bei der Weltklimakonferenz in Bali erzielten Verhandlungsergebnisse konkretisieren. Die Konferenz bildet somit die Basis der entscheidenden Verhandlungsrunde in Kopenhagen Ende 2009. Dort soll ein Abkommen geschlossen werden, das an das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll anknüpft.

Zu den zentralen Problemen der Klimaverhandlungen zählt, dass die USA sich bislang nicht auf verbindliche Verpflichtungen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen einlassen wollen. Die Hoffnungen ruhen nun auf dem künftigen US-Präsidenten Barack Obama. In Posen sind die USA allerdings noch von der Bush-Administration vertreten.

Die Bundesregierung kämpft dafür, die Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels trotz der weltweiten Krise auf den Finanzmärkten ungemindert fortzusetzen. Auch die EU-Kommission will in Posen darauf drängen, beim Klimaschutz nicht nachzugeben. „Die Finanzkrise hat gezeigt, wie töricht es ist, deutliche Warnsignale zu ignorieren“, sagt EU-Umweltkommissar Stavros Dimas. „Beim Klimawandel dürfen wir nicht den gleichen Fehler machen, wenn wir gefährliche und möglicherweise katastrophale wirtschaftliche und soziale Konsequenzen in den kommenden Jahrzehnten abwenden wollen“, warnt Dimas.

Der Chef des Uno-Klimasekretariates, Yvo de Boer, hält Optimismus allerdings nicht für angebracht: „Die Finanzkrise wird einen Schatten auf die Klimaschutzverhandlungen werfen“, sagt de Boer.

Tatsächlich melden sich mehr und mehr Politiker zu Wort, die einen Gang zurückschalten wollen. In Deutschland sind es gleich mehrere Ministerpräsidenten. Sie argumentieren, in wirtschaftlich unsichereren Zeiten seien den Unternehmen keine zusätzlichen Belastungen durch Klimaschutzvorgaben zuzumuten. Sie stellen Reduktionsziele und Zeitpläne in Frage. Offenbar vertreten sie damit allerdings nicht die Interessen der deutschen Wirtschaft. So bezieht der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in Sachen Klimaschutz längst offensiv Stellung: Man stelle „mit

45 Nachdruck fest, dass die Finanzmarktkrise kein Vorwand sein kann, um beim Klimaschutz nachzulassen“, heißt es in einem Argumentationspapier des Verbandes.

50 Bedingung ist aus Sicht des BDI allerdings, dass alle größeren Volkswirtschaften für den Klimaschutz mobilisiert werden können und der Emissionshandel möglichst rasch weit über Europas Grenzen hinaus etabliert wird. Fruchtbare Verhandlungen in Posen und ein erfolgreiches Abkommen in Kopenhagen könnten der deutschen Wirtschaft aus Sicht des BDI weltweit lukrative Aufträge sichern. „Die low-carbon-society wird kommen“, heißt es beim Verband. „Viele deutsche Unternehmen können davon profitieren“.

55 *Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 233, 01.12.08, 5*

Luftverpestung nimmt ab

Treibhausgasemissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe, in Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent

